

Marie-Claude Schöpfer sagt: «Der einzige solare Nichtschwimmer ist Peter Bodenmann selbst»

Nach internen Querelen, einem Generationen- und Namenswechsel blickt «neo – Die sozialliberale Mitte» zuversichtlich in die Zukunft. Ein Gespräch mit Präsidentin Marie-Claude Schöpfer-Pfaffen vor der ersten Bewährungsprobe bei den Wahlen im Herbst.

Interview: Thomas Jossen

Sie hätte sich wohl einen gemächlicheren Start ins Amt gewünscht: Als Marie-Claude Schöpfer-Pfaffen am 1. September 2022 zur neuen Parteipräsidentin der damaligen CSPO gewählt wurde, steckte die Partei in einer schweren Krise. Interne Querelen um die Führung und Ausrichtung der «Gelben», Knatsch mit der Schwesterpartei wegen des Ständeratsurms, beliebte Zielsetzung anderer Parteien – die Liste der Punkte, die die einst stolze CSPO destabilisierten, war lang. Die Ankunft Schöpfer-Pfaffens und ihres Co-Vizepräsidentiums um Danica Zurbriggen Lehner und Flavio Schmid war der Generationenwechsel in einer Partei, die 1949 gegründet wurde. Und mindestens im Mai im Namenswechsel zu «neo – Die sozialliberale Mitte».

Markieren die Wahlen im Herbst nun das Ende des – in eigener Wahrnehmung geglickten – Beginns der Partei? Oder ist es der Anfang vom Ende der «Gelben», die in jüngster Zeit kaum nennenswerte Erfolge bei Wahlen feiern konnten? Ein Gespräch mit der Parteipräsidentin.

Marie-Claude Schöpfer, wie oft sprachen Sie in den letzten Monaten noch von der CSPO? Kein einziges Mal. (lacht) Ich schaue gerne vorwärts.

Der Namenswechsel war ein unangenehmer Entscheid. Ist es der Anfang vom Ende oder nimmt die Partei neuen Anlauf? Ein nicht in dieser Schritt ganz klar ein Aufbruch, es soll wieder nach oben gehen. Der Namenswechsel wurde von unseren Mitgliedern breit getragen. Nach sieben Jahrzehnten war es an der Zeit, den eigenen Namen zu überdenken. Wir dürfen die Augen vor dem gesellschaftlichen Wandel nicht verschliessen. Der Parteiname muss unsere bestehenden und dauerhaften Werte und Positionen in zeitgemässen Kleid widerspiegeln.

Wie regelmässig stehen Sie in Kontakt mit der älteren Garde der CSPO um alt-Staatsrat Wilhelm Schnyder, Robert Bass und Philipp Schnyder? Philipp Schnyder sitzt bei uns im Vorstand. Mit den anderen Herren pflege ich einen regelmässigen Austausch. Vor wenigen Wochen habe ich Robert Bass, Wilhelm Schnyder und weitere getroffen. In den Diskussionen und im Austausch gehen wir in eine gemeinsame Stossrichtung. Ich fühle mich von der «älteren Garde» getragen.

Es gab viele Witze zum Namenswechsel, von «Neo-



Marie-Claude Schöpfer-Pfaffen, 46, ist Parteipräsidentin von neo – Die sozialliberale Mitte.

Bild: pomona.media/Wlaim Ambror

Citran» zu «neo-angins». Konnten Sie darüber schmunzeln? Ich habe über jeden einzelnen Witzgenussvolgelacht. Ich fand das amüsant und belustigend, das gehört dazu. Heute es keine Collage gegeben und hätten wir mit unserem neuen Namen nicht getriggert, hätten wir etwas falsch gemacht und wären langweilig.

Mit dem neuen Parteinamen haben Sie mit der Clan-Politik gebrochen. Gerade ältere Leute in den Bergbörnern können damit aber nichts anfangen und wandern zur SVPO ab. Daskann ich nicht bestätigen. Die bisherigen Namenswechsel in den Bezirken und Ortsparteien erfolgten einstimmig. Wir werden sehen, wohin uns die Wahlen führen. Es gab, im Kontext der Wahlen 2023, einige Neueintritte. Verschiedene Parteilisten gab es auch, aber kaum nennenswert und im Bereich der natürlichen Fluktuation. Im Gegensatz zu unserer konstruktiven Politik bietet die SVPO das Nein-Sagen an, als Alternative ist das keine gute Option.

Kann ein Bergbauer oder ein älterer Bergbörnerbewohner hinter der Politik ihrer Vizepräsidentin Danica Zurbriggen Lehner stehen? Sie setzt auf Feminismus, Woke-Themen, Gendersternen. Es sind Themen, die Sichtbarkeit verdienen. Jede Politikerin in unseren Reihen kann selbst entscheiden, welche Themenfelder sie persönlich belegen will. Es ist bekannt, dass Danica Zurbriggen Lehner Frauenfragen sehr prominent bearbeitet. Das ist legitim. Ich finde es richtig, wenn wir eine Figur in unseren Reihen haben, die sich um diese Anliegen kümmert. Wie intensiv die einzelnen Themen aus dem Feld über die Breite dann gewichtet werden, ist eine andere Frage. Danica Zurbriggen Lehner wurde übrigens im vergangenen Herbst von unserer Parteibasis einstimmig als Co-Vizepräsidentin bestätigt.

Konkret für eine Nationalratskandidatur? Nicht nur, aber auch. Er sitzt jedoch nicht im Vorstand der Bezirkspartei Visp und ist Präsident der Kommission für Erziehung, Bildung, Kultur und Sport im Grossen Rat. Wir hoffen, dass unser nächster Präsidentenwahl viel. Ich bin überzeugt, dass Jens Blatter in diesem Amt für unsere Partei wichtige und innovative bildungspolitische Akzente setzen wird. Er bekommt also neben dem Grossratsmandat durchaus bereits zentrale Positionen in unserer Partei.

Vor vier Jahren vor der CSPO zwang Prozentpunkte und den Nationalratsrat von Thomas Egger. Sie müssen neue Wähler mobilisieren. Wie? Wir haben ein klares Profil, das in eine neue Richtung geht und uns die Zukunft weist. Wir sind keine ultrakonservative Partei, wir sind eine Partei, die das Wallis und das Oberwallis vorwärtsbringen will. Vor allem die Anliegen der Familien, der jungen Generation und der regionalen Wirtschaft sollen in der Politik besser berücksichtigt werden. Wir knüpfen unsere bewährte Stossrichtung mit sozialen und liberalen Akzenten an, welche die Partei seit ihrer Gründung ange-

trieben hat. Wir halten uns selbst jeher an diese Werte und die verbundenen Positionen. Es ist uns ein grosses Anliegen, unsere angestammte Basis einzubinden.

Auf Ihren Listen für die Nationalratswahlen fällt auf: Es gibt keine Spitzenkandidaten. Setzen Sie bewusst auf Ausgeglichenheit? Unsere Stärke ist der Teamgeist. Wir schenken uns als breit und divers aufgestelltes, gemeinsam marschierendes Gefüge, das wertvolle Kompetenzen vertritt. Wir konnten Kandidaten und erstmals in der Geschichte unserer Partei zahlreiche Kandidatinnen aus vielen verschiedenen Berufsfeldern rekrutieren, denen für die Wahlen wichtig für das Wallis sind. Ich bezeichne niemanden als Spitzenkandidaten, es wird auch kein Akteur eine eigene Kampagne fahren.

Jens Blatter wurde 2021 als Querestreiser ins Parlament gewählt. Es heisst, Privatwirtschaft und Sport hätten sein Talent erkannt, nur die Partei nicht. Unter meinen Präsidium haben wir keine konkrete Anfrage für die Vorstandsarbeit an ihn gerichtet. Das liegt aber nicht an seiner Person. Wir hatten seit dem Präsidentschaftswechsel schlichtweg keine Zeit, uns intensiv Gedanken über weitere Restrukturierungen in der Leitung zu machen. Jens Blatter wurde aber bereits für die Übernahme von wichtigen Funktionen und Aufgaben in unserer Partei angefragt, sagte aber leider in einigen Fällen selbst ab.

Sie meinen FDP-Nationalrat Philippe Nantermod. Genau. Wir sehen das anders. Wir wollen das Maximum für das Oberwallis, also den NEAT-Vollausbau und den Grimseltunnel. Hier wird bereits hartnäckig absehbar, wohin die Unterstützung von übermässig mit Unterwärtigen gefüllten Listen hinfließt. Das Oberwallis muss wieder aufwachen bekommen und darf nicht weiter marginalisiert werden, nicht nur auf verkehrspolitischer Ebene.

Gesellschaftlich und sozialpolitisch passen Sie zur GLP. Gabes offizielle Gespräche? Nein. Es gab derzeit eine eher vage Anfrage, die jedoch nicht an mich gerichtet wurde. Unter meiner Präsidentschaft ist das Interesse für eine Zusammenarbeit mit der GLP gleich null. Es gab unter dem früheren Präsidium 2021 eine einzige Listenverbindung im Wahlkreis Brig. Sie wurde von unserer Basis nicht genehmigt. 2023 bekommen wir durch den Partnerstatus mit der Mitte-Parteien im Wallis. Wer will schon wie die GLP die Idee vorfechten, dass bei einer Strommangelangelegenheit unsere Skilifte abgestellt werden müssen?

Sie betonen oft die Zusammenarbeit innerhalb des Mitte-Verbands. Kommt es zur

Wahlen sind Mathematik – und im Moment ist unsere Partei der Schlüssel zu diesem dritten Sitz. Im Mitte-Verband kämpfen wir mit Überzeugung und Kampfgestalt auf dieses Ziel hin.

Ohne Zugpferd wie Staatsrat Roberto Schmidt ist dieser Kampf aber aussichtslos. Roberto Schmidt ist Staatsrat und steht nicht auf der Liste, dafür zahlreiche kompetente und politisch etablierte Persönlichkeiten, die ein schnelles Szenario unterhalten. Aber eine solche würde die politische Mitte insgesamt nur schwächen und die Ideologisierung der Politik weiter fördern. Die Partnerschaft auf übergeordneter Ebene mit gleichzeitigiger Konkurrenzsituation auf untergeordneten Ebenen ergibt auf kantonaler und kommunaler Ebene durchaus Sinn. Unsererseits müssen wir uns bei der Geschwindigkeit in einem Kurs anordnen, den wir selbst nicht fahren wollen. Das wollen wir nicht.

Das versprechen doch alle Parteien vor den Wahlen. Es gibt aber gegenläufige Tendenzen aus anderen Parteien. Prominente Köpfe sagen etwa, dass sie beim Ausbau des Verkehrsnetzes nur ein Projekt unterstützen werden. Also den NEAT-Vollausbau und dafür nicht den Grimseltunnel. Oberwallis ja, aber dann bitte nur die Light-Version.

Im Grossen Rat politisieren Sie immer selber gemeinsam. Können die Zusammenarbeiten? Das sind nun exakt die erwähnten untergeordneten Ebenen. Im Mitte-Verband führen wir gemeinsame Strategien bei den eidgenössischen Wahlen und anderen Gelegenheiten, um das Potenzial auszunutzen. Positives vertreten wir aber unterschiedlich. Die Parteiprogramme. Nur solche wir weiterhin die Daseinsbestätigung, als zwei Parteien zu existieren. Beim kantonalen Klimagesetz konnte man diese unterschiedlichen Positionen deutlich greifen. Auch bei gesellschaftspolitischen Themen sind wir progressiver. Wir wollen vorwärtsmachen, den gesellschaftlichen Wandel auf politischer Ebene umsetzen, beispielsweise auch bei der Vertretung der Frauen in der Politik.

Da sind wir wieder beim Frauen Thema. Wir sind in der Schweiz im Hintertreffen, «niema manant», wenn es etwa um familien- und kinderfreundliche Strukturen geht, auch weil Frauen und Kinder sorgfältig geprüft werden. Bodenmann hätte nicht proaktiv mit Annahmen um sich werfen sollen, sondern mit Fakten. Grenzökosolar war zu wenig durchdacht und wurde zu schnell in die Öffentlichkeit portiert. Grenzökosolar, ein solches positives Gegenbeispiel zu nennen, würde indes in realistischen Dimensionen gehen, weil auf ethischen Ebenen bereits fundierte Vorarbeit geleistet worden war. Nur so ist es möglich, solche Projekte tatsächlich umzusetzen. Aber sicher nicht, indem man gigantische Luftschlosserbaut, aus denen zum Schluss dann nur Minihüpfburgen wer-

den theoretisch auch eine Partei mit zwei Flügeln sein, nur würde man in diesem Fall unter demselben Label segelnd Potenzial und Sitze verlieren. Es gehört zur Politik, dass wir einen Kurs derart ab und zu auf das Dach geben.

Das Vorzeigeprojekt für die Zusammenarbeit sind die Ständeratsurms. Nun werden es erstmals gebrochen. Wollen Sie in vier Jahren wieder selbst einen Kandidaten stellen? Zu gegebener Zeit werden wir Anspruch erheben. Für uns stehen gegenwärtig die Nationalratswahlen im Vordergrund. Für spätere Wahlen müssen geeignete Kandidaten aufgebaut werden. Doch ist das klar kein Thema, das bereits vier Jahre vorher in den Medien diskutiert wird. Wie wir alle wissen, ist es zudem schwierig, hochkarätige Kandidaturen zu weit voranzuplanen. Die Geschichte lehrt uns, dass es immer wieder Überraschungen und Unwägbarkeiten gibt.

Marie-Claude Schöpfer-Vizepräsidentin. Wie klingt das? Über dieses Thema heute zu sprechen, wäre vermessen, denn ich stehe im Herbst nicht zur Verfügung. Ich stelle mich 2023 auf der Nationalratsliste zur Wahl und kann mir auch vorstellen, dieses Amt auszuführen. Ansonsten hätte ich mich nicht begeben erklärt. Anderes steht aktuell nicht zur Debatte.

Roberto Schmidt wird oft für seine «Klimahysterie» kritisiert, unter der Federführung des «solaren Nichtschwimmers Schmidts», auf den Solar-Express auszuspringen? Der einzige solare Nichtschwimmer ist Peter Bodenmann selbst. Die gesamte nationale Medienlandschaft ist seinen Märschen aufgefressen. Er hat vorgeschlagen, dass ein Mann mit Peter in Grenzökosolar realisiert werden könne. Wenn schon mit einer gigantischen Idee aufgeföhren wird, sollten das Vorhaben, seine Rahmenbedingungen und Unwägbarkeiten im Vorfeld sorgfältig geprüft werden. Bodenmann hätte nicht proaktiv mit Annahmen um sich werfen sollen, sondern mit Fakten. Grenzökosolar war zu wenig durchdacht und wurde zu schnell in die Öffentlichkeit portiert. Grenzökosolar, ein solches positives Gegenbeispiel zu nennen, würde indes in realistischen Dimensionen gehen, weil auf ethischen Ebenen bereits fundierte Vorarbeit geleistet worden war. Nur so ist es möglich, solche Projekte tatsächlich umzusetzen. Aber sicher nicht, indem man gigantische Luftschlosserbaut, aus denen zum Schluss dann nur Minihüpfburgen wer-

den. Und Schuld tragen dann selbstverständlich die Politiker in Sitten und Bern.

Wird das Wallis auf den Solar-Express aufspringen können? Neo – Die sozialliberale Mitte hat bereits vergangenen Herbst darauf hingewiesen, dass der Kanton nicht Projektträger der hochalpinen Solarprojekte ist. Als die Kritik der SVPO und der Mitte Oberwallis kam, war noch SVPO-Staatsrat Franz Ruppen für die Verfahren zuständig. Ich bin der Meinung, dass ausgewählte Träger im Wallis schliesslich einige Leuchtturmprojekte realisieren werden, die zur Behebung der Wintermangel vorgetragen werden, ohne dass man zahlreiche Alpen verbräut.

Ist die Kritik an Roberto Schmidt Wahlgepfänkel oder landet das kantonale Klimagesetz im Papierkorb? Nein, das Gesetz ist sicher nicht in der Papierkorb bestimmt. Das Bundesgesetz wurde angenommen. Den Klimawandel können wir wieder in der Schweiz noch im Wallis stoppen. Aber wir können mangels Verbindlichkeiten beiführen und vor allem die Folgen des Klimawandels bekämpfen. Dafür benötigen wir Instrumente. Roberto Schmidt hat praktisch die Vorbereitungsarbeiten geleistet. Das ausführende kantonale Rahmengesetz im Wallis steht, während andere Kantone diese Arbeit noch zu leisten haben. Wir können doch nicht einfach sagen, Unternehmen nicht und warten ab, bis der Verteilungspfad um das Wasser starten wird und keine Glascher mehr da sein werden!

National wurde das Klimagesetz angenommen, im Oberwallis abgelehnt. Die Mehrheit der Oberwalliser Bevölkerung befürwortet Ihren Kurs nicht. Die Stimmungslage war hier, das Resultat ist demnach klar. Das ist kein Weltuntergang. Wir haben die Zahlen analysiert: Vor allem die Berggebiete ohne Tourismus waren dagegen, in vielen anderen ortsnahen Orten sah das Ergebnis anders aus. Für unsere Idee besteht also Wählerpotential. Umso mehr, als es bei der Umsetzung keine Verbote, sondern nur Anreize geben wird und die bewusst geschützten Ängste damit besänftigt werden.

Wieso konnten Sie keine Mehrheit von dieser Idee überzeugen? Für die nationale Nein-Kampagne wurde unglücklich viel Geld ausgegeben. Unser Spielraum ist ein sehr kleiner. Wir operieren regional und haben in dieser Hinsicht keine finanziellen Mittel, um Gegensteuer zu geben. Wir können nicht, wie alle andere Parteien, mit einem Millionen-

budget alle Tankstellen im Land mit Plakaten tapezieren. Zudem liebt das Volk verkürzte Botschaften. Es ist schwieriger, komplexe Sachverhalte plakativ zu transportieren, wenn man sich der faktenreineren Argumentation verpflichtet sieht.

Beat Rieder hat die nationale Solar-Offensive lanciert. Wie beurteilen Sie seine Arbeit? Beat Rieder ist kompetent, er hat die letzten Jahre schöne sachpolitische Impulse geschafft. Mir gefällt eine rationale Art. Und er ist ein strukturierter Mensch, was gesellschaftspolitisch sehr unsere Positionen divergenz. Trotzdem hoffe ich für das Oberwallis, dass er die Wiederwahl schafft. Die Einheitsstimmung verlangt nach einer verschiebenden der Kräfte.

Ist die Kritik an Roberto Schmidt Wahlgepfänkel oder landet das kantonale Klimagesetz im Papierkorb? Nein, das Gesetz ist sicher nicht in der Papierkorb bestimmt. Das Bundesgesetz wurde angenommen. Den Klimawandel können wir wieder in der Schweiz noch im Wallis stoppen. Aber wir können mangels Verbindlichkeiten beiführen und vor allem die Folgen des Klimawandels bekämpfen. Dafür benötigen wir Instrumente. Roberto Schmidt hat praktisch die Vorbereitungsarbeiten geleistet. Das ausführende kantonale Rahmengesetz im Wallis steht, während andere Kantone diese Arbeit noch zu leisten haben. Wir können doch nicht einfach sagen, Unternehmen nicht und warten ab, bis der Verteilungspfad um das Wasser starten wird und keine Glascher mehr da sein werden!

Ständerätin Marianne Martens führt unter dem Radar. Sind Sie enttäuscht von ihr? Ich habe Marianne Martens Arbeit nicht im Detail verfolgt, erliche ihrer Vorstände haben mich aber überzeugt. Doch ich masse mir nicht an, ihre Arbeit detailliert zu beurteilen. Ein Fakt ist, dass sie in der Oberwalliser Presse, die ich bevorzuge lese, wenig präsent ist. Ob das berechtigt ist oder nicht, will und kann ich nicht beurteilen.

Die Präsidentenserie Der Wahlkampf ist noch lau, doch die Strategien und Kampagnen der Parteien stehen. Was können die Oberwalliserinnen und Oberwalliser für einen Wahlkampf erwarten? Wie stehen die Parteien da, welche Allianzen schmieden und welche Themen bewirtschaften sie? In einer Interviewserie führt der «Walliser Boten» mit allen Oberwalliser Parteipräsidentinnen und -präsidenten sowie der kommenden Woche Nicole Lugger, Vizepräsidentin der FDP Wallis.